



AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar
Direktor des HWWI und Profes-
sor an der Universität Hamburg
Tel: 040 - 34 05 76 - 100

ÖKONOMIK

Eiserne Gesetze der Ökonomik

Die Ökonomik ist in die Kritik geraten. Die Abfolge unterschiedlicher Krisen seit 2008 hat alte Weisheiten brutal zerstört. Intellektuelle Glasperlenspiele haben sich für die Realität als völlig nutzlos erwiesen. Der feste Glaube des ökonomischen Mainstreams an die Effizienz von Finanzmärkten hat Heerscharen von Studierenden in die Irre geführt. Das hat Krisen teilweise provoziert, teilweise beschleunigt. Nun ist es Zeit, Bilanz zu ziehen. Welche Grundsätze der Ökonomik gilt es zu revidieren? Welche Einsichten halten dem Sturm der Krisen stand? Gibt es überhaupt so etwas wie eiserne Gesetze der Ökonomik?

Die Mikroökonomik, also die Analyse, was einzelne Menschen (de-)motiviert, (nicht) zu handeln, vermag ohne Zweifel einige allgemeingültige Gesetzmäßigkeiten menschlichen Tuns aufzudecken und einen Beitrag zum Verständnis individueller Entscheidungsprozesse und Verhaltensweisen zu leisten. Vor allem im Zusammenspiel mit interdisziplinären Ansätzen der Verhaltens- und Entscheidungstheorien, ergänzt um Psychologie, Philosophie, Soziologie, Anthropologie sowie Neurologie und Biologie ergeben sich relativ genaue Einsichten in menschliches Tun oder Lassen. Die Politik aber kann sich nicht am Einzelfall orientieren, sondern muss sich an gesamtgesellschaftlichen Kriterien ausrichten. In der Makroökonomik und damit in der Wirtschaftspolitik geht es um große Ganze, nicht um das Schicksal Einzelner. Und wenn aus dem individuellen Verhalten einzelner Menschen makroökonomische Gesetzmäßigkeiten abgeleitet werden (sollen), wird es für die Ökonomik schwer, allgemeingültige Prinzipien aufzu-

decken, was eine Gesellschaft insgesamt zusammenhält.

Individuelles menschliches Verhalten lässt sich eben nicht zu einer gesellschaftlichen Einheitsgröße aggregieren. Unschärfen, Schwankungen, Abweichungen von der Norm, Fehler und spontane (Re-)Aktionen sind zufällig auftretende Störfaktoren. Ebenso spielen Stimmungen und Gewohnheiten eine wichtige Rolle. Teils bewusst, teils unbewusst, folgt das Handeln sozialen Regeln, Gesetzen, Bräuchen und moralischen Werten – weshalb es unsinnig ist, aus mikroökonomischen Konzepten makroökonomische Gesetzmäßigkeiten ableiten zu wollen. Was Einzelne als gut oder schlecht, als Nutzen oder Schaden bewerten, lässt sich nicht zu einer gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrtsfunktion zusammenfassen. An dieser Stelle treten immer auch politik-, sozial- und rechtswissenschaftliche Erwägungen in die Sphäre der Ökonomik. Deswegen führt der Versuch, die Makroökonomie mikroökonomisch zu fundieren, nicht weiter, sondern in die Irre.

Unmöglich wird es für die Ökonomik, Grundgesetze zu formulieren, wenn es um Werturteile geht. Auch wenn es banal ist, so bleibt es doch richtig: Es gibt keine allgemeingültigen ökonomischen Wahrheiten. Folglich kann es auch keine absoluten Bewertungen geben, welche Einsichten richtig oder falsch sind und welche Politik besser oder schlechter sei. Es gibt lediglich subjektive Wahrnehmungen und Einschätzungen. Deshalb stößt auch der für die Ökonomik zentrale Begriff der Rationalität an Grenzen. Was für A rational ist, muss für B noch lange nicht vernünftig

sein. Deshalb gibt es auch keine allgemeingültige Erkenntnis, was eine Gesellschaft insgesamt treibt. Auf die großen Lebensfragen von individuellem Glück und Zufriedenheit, Gerechtigkeit, Verteilung und sozialer Ordnung finden sich von Gesellschaft zu Gesellschaft und von Periode zu Periode andere rationale und damit richtige Antworten.

Die Ökonomik lehrt, dass Handel von wechselseitigem Nutzen für alle Beteiligten ist, dass Märkte für gute Verfahren sorgen, um individuelle Aktivitäten zu koordinieren – und dass es staatlicher Regulierungen und Eingriffe bedarf, um Marktversagen oder gesellschaftlich ungewollte Marktergebnisse zu korrigieren. Inwieweit der Staat und inwieweit der Markt einer Gesellschaft ermöglichen, ihre Ziele – Friede, Freiheit, Sicherheit, Gerechtigkeit, Wohlstand – zu erreichen, ist aber nicht ein für allemal und überall gleich beantwortbar. Vielmehr ändert sich die Arbeitsteilung zwischen Staat und Markt von Land zu Land und Zeit zu Zeit ständig. Richtig bleibt, dass Spezialisierung, Arbeitsteilung und Tausch dazu führen *können*, dass es allen besser geht. So sehr *können* noch nicht *müssen* bedeutet und so unstrittig die langfristigen Handelsvorteile sind – so sehr ist auch richtig, dass Arbeitsteilung und Handel zunächst einmal dazu führen, dass es sowohl Gewinner als auch Verlierer gibt. Wirklich alle profitieren nur dann, wenn die Gewinner eines Handelsgeschäfts zumindest einen Teil ihres Zugewinns an die Verlierer abtreten, sei es, indem sie ihre Angestellten am wirtschaftlichen Erfolg teilhaben lassen oder sei es, dass sie mehr als andere zur Finanzierung öffentlicher Güter beitragen. Und wichtig bleibt, dass „besser“ ein Werturteil bleibt, das von Person zu Person unterschiedlich eingestuft wird.

Ähnlich zu relativieren sind die ökonomischen Grundprinzipien, dass Märkte mikroökonomische Aktivitäten gut koordinieren können, dass sie aber manchmal versagen – und dass deshalb Reg(ul)ierungen das Marktergebnis verbessern können. Hier ist die Frage entscheidend, was

Regel und was Ausnahme ist. Für die realwirtschaftliche Sphäre, also für die Herstellung von Gütern und Dienstleistungen, hat sich in den vergangenen 200 Jahren empirisch gezeigt, dass unsichtbare Hände eine auch gesamtwirtschaftlich brauchbare Arbeit leisten. Die sichtbaren Hände der Politik haben zu oft ein Staatsversagen zur Folge gehabt. Nur eine kluge Wettbewerbspolitik, Kartell- und Fusionsgesetzgebung vermag das Versagen freier Märkte zu verhindern oder zu korrigieren.

Ganz anders als in der realwirtschaftlichen Sphäre sieht es in der monetären Sphäre aus. Über Jahrzehnte dominierte in der Ökonomik die Überzeugung, dass auf Finanzmärkten Effizienz die Regel und Marktversagen die Ausnahme sei. Die Deregulierung der Finanzmärkte in den letzten Jahrzehnten gründete auf eben dieser Effizienzmarkthypothese: Börsenkurse würden stets alle verfügbaren Informationen rational und richtig widerspiegeln. Neue Informationen führten zu einer sofortigen Anpassung. Deshalb seien deregulierte Finanzmärkte die bestmöglichen Signalgeber für Produzenten, Warenhändler, Investoren und Sparer.

Die Finanzmarktkrise hat die Effizienzmarkthypothese mit aller Brutalität als falsifiziert entlarvt. Erwartungen über die Erwartungen anderer Akteure treibt das Verhalten auf Finanzmärkten. Daraus erwächst eine Neigung zu Herdenverhalten und selbsterfüllender Prophezeiung: Erwarten die Marktakteure einen steigenden Preis, lockt dies Spekulanten an, die erstens genau diese Erwartung provozieren, um dann zweitens auf steigende Preise zu wetten. Dadurch steigt der Preis tatsächlich, und die anfänglichen Erwartungen werden ex post gerechtfertigt – was wiederum neue Spekulanten anzieht. Wenn alle (oder viele) Akteure an (falsche, oder bewusst provozierte) Erwartungen glauben, werden diese scheinbar wahr. In der Realität führen dann Herdenverhalten, Eigendynamik, Panik, automatische Verhaltensregeln, vor allem aber Eigeninteresse und mikroökonomisches Gewinnstreben von

Anlegern, Händlern, Ratingagenturen und Finanzinstituten auf zu stark deregulierten Finanzmärkten zu gesamtwirtschaftlicher Ineffizienz und schlimmstenfalls zu gesamtwirtschaftlichen Krisen.

Insbesondere das Tempo der Finanzmärkte – Stichwort Hochfrequenzhandel – läuft heutzutage mit der Geschwindigkeit der Veränderungen in der realen Wirtschaft nicht (mehr) synchron. Das schadet der realen Wirtschaft. Statt ihr Schmieröl zu sein und für einen reibungslosen Ablauf von Markttransaktionen zu sorgen, treiben die Finanzmärkte die Güter-, Arbeits- und Kapitalmärkte wie einen Spielball vor sich her. Das wäre kein makroökonomisches Problem, sondern eine nützliche Informationshilfe, wenn Finanzmärkte effizient wären. Das sind sie aber nicht. Vielmehr ist ihr Versagen die Regel und eben nicht die Ausnahme.

Um realitätsnähere und damit relevantere Einsichten in das Zusammenspiel von Real- und Finanzwirtschaft zu liefern, muss die Makroökonomie das Wesen der Finanzmärkte besser analysieren. Sie muss anerkennen, dass das Eigeninteresse der Spieler und die Eigendynamik der Prozesse zu einem Eigenleben der Finanzmärkte führen. Damit Finanzmärkte, bewertet aus einer gesamtwirtschaftlichen Perspektive, effizient funktionieren, bedarf es nicht unbedingt mehr, aber zumindest einer besseren Regulierung der Spieler und ihrer Verhaltensweisen.

Ein letzter Punkt: Es ist gemeinhin akzeptiert, „dass Geldmengenwachstum die wirkliche Ursache der Inflation ist und dass die Gesellschaft nur kurz-, aber nicht langfristig zwischen der Höhe der Inflationsrate und der Höhe der Arbeitslosenquote wählen kann“ (Gregory Mankiw). So richtig diese Erkenntnis für die Vergangenheit gewesen sein mag, so zögerlich sollte man sie als Gesetz herbeizitieren. Es bleibt offen, welchen Mechanismen die geldpolitischen Kanäle in einer global hochgradig vernetzten Weltwirtschaft folgen. Einmal weil Globalisierung Inflation frisst, also ir-

gendwo in der Welt immer ein günstige(re)s Angebot für eine dringende Nachfrage zu finden ist. Dann aber auch, weil elektronisches Geld und virtueller Zahlungsverkehr zu einer Entkoppelung von Real- und Finanzwirtschaft geführt haben, die eine neue Analyse der Geldpolitik erforderlich machen.

Und – welche eisernen Gesetze der Ökonomik bleiben übrig? Vor allem wohl das Gesetz, dass es in der Ökonomik keine wirklichen Gesetze gibt. Zweitens, dass die Mikroökonomik einige grundsätzliche Erkenntnisse liefert, wie Menschen ticken. Dass aber, drittens, sich daraus keine makroökonomischen Prinzipien ableiten lassen, weil die politischen, gesellschaftlichen und (polit-)ökonomischen Gleichgewichte

alles andere als stabil sind. Was zu je seiner Zeit in einer von individuellen Interessen und gesellschaftlichen Normen geprägten Wirtschaftspolitik als vor- oder nachteilig bewertet wird, ist und bleibt eine zeitbedingte, subjektive Einschätzung. Das Zusammenwirken von Menschen sorgt für ein stets erneuertes Spannungsfeld der Kräfte mit nicht vorhersehbaren Ergebnissen. Eben deshalb muss es viertens in der Makroökonomik vor allem um das Verständnis von Ungleichgewichten gehen.

Keine Hoffnung also für die Ökonomik, überzeugende, mit der Realität übereinstimmende und in der wirtschaftspolitischen Praxis nützliche und relevante Erkenntnisse zu liefern? Doch, aber mehr Bescheidenheit ist angezeigt. Ökonomik

kann helfen, zu verstehen, nicht aber festzulegen, was richtige Antworten auf komplexe Zukunftsprobleme sein können. Die Erkenntnisse der Ökonomik dürfen nicht als in Stein gemeißelte Wahrheiten verstanden werden, sondern als Hilfsmittel: Man kann mit ihnen die Vor- und Nachteile von Entscheidungen offenlegen, die Kosten und den Nutzen von bestimmten Verhaltensweisen aufzeigen, die Entwicklung und Dynamik von Aktion und Reaktion erkennen – und verschiedene Szenarien – immer wieder neu – durchspielen. Kurzum: Weniger Wahrheitsanspruch verspricht mehr Erkenntnis.

Dieser Beitrag ist am 3. September 2012 in der „WirtschaftsWoche“ erschienen.